

Diskussionspapier des Netzwerks Berlin
zur Zukunft der SPD anlässlich der Tagung der
Friedrich Ebert-Stiftung „Menschen stärken. Wege öffnen“
am 19. & 20. Juni 2004 in Berlin



Trotz alledem: Sozialdemokratische Politik hat Perspektiven!

Die dramatisch gesunkene Wahlbeteiligung und die bitteren Wahlniederlagen der SPD am 13. Juni haben uns gezeigt:

1. 10, 5 Millionen SPD-Wählerinnen und -Wähler, fast zwei Drittel der SPD-Zweitstimmenwähler bei der Bundestagswahl 2002, sind nicht zur Wahl gegangen. Das ist dramatisch.

Diese Wahlenthaltung ist kein Zeichen von politischen Desinteresse, sondern vielmehr eine durchaus realistische Beurteilung. Denn auch für die SPD gilt: Mit Ausnahme des Themas „Friedenspolitik“ nehmen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diese Sorgen und Ängste vor einer rein ökonomisch orientierten Europäisierung und Globalisierung nur unzureichend wahr, thematisieren sie zu wenig und haben bislang keine ausreichenden Lösungswege gefunden:

- Wie entstehen trotz Europäisierung und Internationalisierung Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch in Deutschland?
- Wie erhalten wir gleichzeitig funktionsfähige und bezahlbare soziale Sicherungssysteme bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter?
- Wie setzen wir in Deutschland und in Europa eine ausreichende und gerechte Finanzierung der zentralen staatlichen Aufgaben im Bildungssektor, im Rechtsstaat oder in der kommunalen Daseinsvorsorge durch?
- Wie begegnen wir dem islamistischen Terrorismus und den damit verbundenen wirtschaftlichen, ethnischen und religiösen Konflikten?

2. Beispiele wie Vodafone, Siemens oder das Verhalten im Management der Deutschen Bank sind längst zu Symbolen für die Alltagserfahrung vieler Menschen geworden, dass die Politik und auch die Gewerkschaften ohnmächtig zusehen, wie die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Gemeinwohlorientierung des Eigentums in unserer Verfassung vollständig ignoriert und zur „Sozialromantik“ erklärt werden.

Gerade die Europawahl hätte Chancen geboten, diese neue und notwendige Dimension der Veränderung der internationalen Regeln für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland und Europa in den Mittelpunkt zu stellen, um darüber eine möglichst polarisierende Auseinandersetzung mit den Konservativen und Liberalen zu führen. Diese Chance ist von der SPD selbst dort nicht genutzt worden, wo sie offensichtlich war.

3. Konservative und Liberale setzen im Zuge der Globalisierung und europäischen Integration ausschließlich auf den Markt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen auch in Zeiten verschärften internationalen Wettbewerbs auf politische Gestaltung.
4. Soziale Gerechtigkeit ist seit mehr als 141 Jahren die Kernkompetenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diese Kernkompetenz ist nicht Ausdruck einzelner Instrumente gewesen, sondern sie war der rote Faden aller sozialdemokratischer Arbeit innerhalb und außerhalb von Parlamenten. In der Vergangenheit haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Ansprüche der Menschen auf Arbeit, soziale Sicherung, gerechte Finanzierung öffentlicher Aufgaben und Frieden Mitteln der Nationalstaates zu verwirklichen versucht.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts müssen wir feststellen, dass nationale Instrumente nicht mehr ausreichen, um diese Ziele zu verwirklichen.

5. Die eigentliche Aufgabe von uns Sozialdemokraten ist deshalb die Wiederherstellung dieser Kernkompetenz der SPD: Eine Partei zu sein, die mit

realistischen Vorschlägen für die nationale und die internationale Politik die Menschen und ihre Ansprüche nach Arbeit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden wieder in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung stellt. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und darüber hinaus. Nur auf diesem Wege werden wir unsere Kernwählerschaft zurück gewinnen: Die Facharbeiter, Angestellten, jungen Familien und Frauen, Migrantinnen und Migranten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Aber auch die Attraktivität für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Intellektuelle, engagierte Selbstständige und Managerinnen und Manager entscheidet sich auf diesem Wege.

6. Dazu ist weit mehr erforderlich als die Addition einzelner Symbolthemen - so nachvollziehbar, richtig oder populär sie auch innerhalb der SPD erscheinen mögen. Bürgerversicherung, Erbschaftssteuer oder Ausbildungsplatzumlage sind auch in ihrer Summe nicht geeignet, auf die Fragen und Verunsicherungen großer Teile unserer Bevölkerung ausreichende Antworten zu geben.

Vielmehr braucht die SPD ein neues Programm, das diesen Anspruch auf die politische Gestaltbarkeit einer europäisierten und globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft erfüllt und in den kommenden Jahren Schritt für Schritt verwirklicht. Nur auf diesem Wege werden wir sowohl das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen in unserer Bevölkerung zurück gewinnen als auch die Zustimmung zu einer Vertiefung und Erweiterung der europäischen Union erreichen. Andernfalls droht auch immer der Rückfall in nationalistische Haltungen und Mehrheiten, wie wir sie jetzt in Teilen Osteuropas erleben.

7. Das Netzwerk Berlin fordert deshalb den Parteivorstand der SPD auf, diese anspruchsvolle Aufgabe in den Mittelpunkt der bis zum kommenden Jahr laufenden Vorbereitungen und Beratungen für ein neues SPD-Grundsatzprogramm zu stellen. Von der bisherigen Absicht einer rein formalen Fortschreibung des Berliner Programms muss deshalb Abschied genommen werden. Das Netzwerk Berlin fordert gleichzeitig dazu auf, in die

Programmdebatte Vertreter der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft kontinuierlich einzubeziehen und keine „closed shop“-Diskussion innerhalb der SPD zu organisieren.

8. Veränderungen sind aber auch in der aktuellen Politik und in unseren politischen Planungen bis zur Bundestagswahl 2006 notwendig. So richtig es war und bleibt, mit der Agenda 2010 endlich die Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung, der Überforderung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme zu ziehen, die CDU/CSU und FDP in ihrer 16 jährigen Regierungszeit ignoriert und aus Feigheit unterlassen haben: Die im Wahlverhalten sichtbare Kritik unserer Stamm- und Kernwählerschaft an unserer Regierungspolitik ist nicht allein auf ein „Kommunikations- und Vermittlungsproblem“ zurück zu führen. Ein reines „Weiter So“ reicht deshalb nicht aus, um die Mehrheitsfähigkeit unserer Partei in Bund, Ländern und Gemeinden wiederherzustellen. Wir müssen für unsere Politik neue Handlungsfelder erschließen.

9. Neben der Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung – insbesondere im Bereich der Subventionen – macht das Netzwerk Berlin dafür drei Vorschläge zu den Schwerpunkten der SPD-Regierungspolitik in den kommenden zwei Jahren:

(1) Trotz Maastricht: Deutschland braucht ein Programm für Innovation und Wachstum.

- Mit einem Ausbau der Investitionen für Forschung, Technologie und Bildung, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu verbessern.
- Und mit einer Ausweitung der investiven Ausgaben für Infrastruktur in Ost- und Westdeutschland, um über die Binnennachfrage das konjunkturelle Wachstum zu beleben und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Die nachhaltige Verbesserung der kommunalen Investitionstätigkeit sollte dabei Vorrang haben.

(2) Wir wollen die Koppelung der Zumutbarkeit für die Aufnahme vorhandener Arbeit an ein Mindesteinkommen oberhalb der Sozialhilfe. Die Einführung von Kombilöhnen bzw. einer negativen Einkommenssteuer muss in Angriff genommen werden.

(3) Wir wollen eine aktive Kinder- und Familienpolitik, damit mehr Menschen ihre Kinderwünsche erfüllen. Der Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für Unter-Dreijährige und der Ganztagsangebote ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dafür müssen die zugesagten 1,5 Mrd. Euro für die Betreuung der Unter-Dreijährigen zügig bereitgestellt werden. Wir wollen mehr Chancen auf Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an realisieren.

10. Wahlerfolge der SPD gelingen nur in der politischen Polarisierung. Die im Netzwerk Berlin zusammen geschlossenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten daher für eine deutlich stärkere und härtere Auseinandersetzung mit der Politik von CDU/CSU und FDP ein. Hier haben wir auch im letzten Europawahlkampf weniger geleistet als möglich war.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlkämpfe und des Bundestagswahlkampfes 2006 geht es um eine Re-Politisierung der politischen Auseinandersetzung: Deutschland steht vor Richtungsentscheidungen: Entweder für den Erhalt und den Ausbau sozialer Sicherheit, individueller und gesellschaftlicher Freiheit und einer gerechten Verteilung von Chancen und Belastungen oder für die Durchsetzung des reinen Wettbewerbsliberalismus in Deutschland und Europa ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Mehrheit unserer Bevölkerung.